

## De la Rúa auf Goodwilltour

Treffen in Córdoba mit Gouverneur de la Sota

Präsident Fernando de la Rúa und der Gouverneur von Córdoba, José Manuel de la Sota, haben die Notwendigkeit einer neuen Politik für das Land „mit konstruktivem Verhalten aller Sektoren“ gefordert. Präsident und Gouverneur gaben diese Erklärung am Sonntag im Rahmen der Schlussveranstaltung des 44. Nationalen Weizenfestes (Fiesta Nacional del Trigo) in Leones ab, einer Kleinstadt im Südosten der Provinz. „Wir brauchen mehr Dialog, mehr konstruktive Analyse ohne Voreingenommenheit und Bedingungslosigkeit“, sagte der Präsident in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem peronistischen Gouverneur.

Die Worte an die justizialistische Opposition im Land gerichtet, klangen wie himmlische Harfentöne in den Ohren von Gouverneur de la Sota, dem die Widerständigkeit der Radikalen und der Frepasisten in der Provinzlegislative große Sorgen verursacht, die sich - im Senat mit einer hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme ausgestattet - vehement gegen Privatisierungspläne de la Sotas stemmen. Der Gouverneur strebt in der Provinz die heiss diskutierte Verabschiedung eines Gesetzespa-



**Bunter Rahmen, harte Bandagen. De la Sota und de la Rúa beim Nationalen Weizenfest in Córdoba.**

(Foto Presidencia)

ketes an, das unter anderem die Privatisierung der Bank von Córdoba, des Provinz eigenem Energieunternehmens und der Provinzlotterie einschliesst.

De la Sota erwartet nun, dass seine Unterstützungserklärung für die Nationalregierung von de la Rúa und dessen Vize Carlos „Chacho“ Alvarez entsprechend von der Córdobaeser Opposition mit einem „Ja“ zur Privatisierung beantwor-

tet wird. Am Sonntag in Leones versicherte de la Rúa dem Gouverneur trotz der verzwickten Lage „alles in meiner Macht stehende“ zu tun, damit „seine Parteifreunde“ in der Provinz den Dialog „mit einer konstruktiven Haltung“ wieder aufnehmen. Garantien wollte der Präsident hierfür freilich nicht geben. Sowohl Präsident als auch Gouverneur wurden bei ihrem Besuch in Leones von ihren Gattin-

nen begleitet und bei ihrem Eintreffen von dem radikalen Bürgermeister Carlos Garetto empfangen. Bei den anschliessenden Gesprächen im Rathaus verpflichtete sich die Nationalregierung dann, der Stadt einen Kredit zu geben.

Trotz des bunten Rahmens durch das Weizenfest war nicht zu übersehen, dass das Treffen in Leones ebenso wie das jüngste Treffen des Präsidenten mit dem Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, hochpolitischen Charakter hatte. Bei dieser Gelegenheit war das Thema der Öffentlichen Sicherheit im Mittelpunkt gestanden. Ruckauf war seitdem äusserst darauf bedacht, sich auf einer gemeinsamen Linie mit de la Rúa zu zeigen. Wie verlautet, geht der bonaerenser Gouverneur davon aus, dass die Bürger in der Provinz den Dialog mit dem Präsidenten positiv beurteilen.

Andererseits jedoch kritisierte Ruckauf am Wochenende die Koalition, nachdem sein Sicherheitsgesetz in der Provinzlegislative gescheitert war. „Ein Teil der Allianz hegt Vorurteile gegen Uniformen und glaubt, man könne die Kriminalität ohne die Polizei bekämpfen, obwohl dies die einzige Möglichkeit ist.“

## Rückzug von Barra

Umstrittener Rechnungshofchef verzichtet auf María Julia-Untersuchung

Rodolfo Barra hat auf die Untersuchung der Amtsführung von María Julia Alsogaray als Umweltstaatssekretärin in der Regierungszeit von Carlos Menem verzichtet. Dies erklärte der Präsident der Auditoría General de la Nación (Rechnungshof) am Montag gegenüber Journalisten. Tatsächlich hätte Barra in dem Fall gegen sich selbst untersuchen müssen, da er nach eigenen Angaben als juristischer Berater an mehreren Vertragsabschlüssen während der Amtsausübung der Ex-Staatssekretärin teilgenommen hatte.

Allerdings hat der Peronismus auch ohne Barra bei drei Stimmen (César Arias, Raúl Durán und Ju-

lio Casavelos) gegen zwei der Allianz (Mario Fadel vom Frepaso und der Radikale Francisco Frago) die Mehrheit im Gremium der Rechnungsprüfer. Dies war ein wesentlicher Grund, weshalb sich Barra so lange an die Möglichkeit klammerte, trotz zunehmender Bedenken der Allianz die Untersuchung leiten zu wollen.

Die Wende begann letztlich damit, dass Oscar Massei, Nachfolger von Julia Alsogaray im Sekretariat, Barra darauf hingewiesen hatte, dass er sich von der Untersuchung ausschließen müsse, weil er in der Vergangenheit mehrfach als juristischer Berater der Ex-Staatssekretärin aufgetreten sei.

Auch stützte sich Massei auf den Umstand, dass Barras Tochter María Eugenia als „Landschaftsarchitektin“ im Sekretariat tätig war und Unregelmäßigkeiten während der Amtszeit María Julias angezeigt hatte.

In einer erste Reaktion rechtfertigte Barra am 8. Februar in einem Memorandum noch seine Zuständigkeit für die Untersuchung und warf der Allianz vor, ihm Hindernisse in den Weg zu legen. In dem von der Tagespresse seinerzeit in Auszügen publizierten Dokument gab Barra unter anderem zwar zu, zwischen 1996 und 1998 juristischer Berater eines Komitees gewesen zu sein, welches dem Sekre-

tariat unterstand. Er habe jedoch, abgesehen von der Teilnahme, „in keiner wie immer gearteten Verbindung“ zum Umweltsekretariat gestanden. Dies gelte ebenso für seine Tochter.

Mit dem Motto „Barra lügt“ recherchierten daraufhin Allianzsenatoren unter Führung von Mario Fadel und förderten ein Gutachten mit dem Briefkopf des Anwaltsbüros Barras zu Tage, welches Alsogaray 1997 dem menemistischen Kabinettschef eingereicht hatte. Vor dieser Mattdrohung zog Barra jetzt den Rückzug an, fügte aber hinzu, dass es keine freie Entscheidung sei, die ihn zu diesem Schritt bewege.

# WOCHEÜBERSICHT

## Romanze

Der Gouverneur von Santa Fe, Carlos Reutemann, hat sich positiv zu dem Gipfeltreffen der vergangenen Woche zwischen Präsident de la Rúa und dem Gouverneur von Buenos Aires, Carlos Ruckauf, geäußert. Beide Politiker hätten eine „Romanze“, und „das ist gut so“, sagte Reutemann am Sonntag einer Zeitung in Rosario. Er selbst habe jedoch nie „bedingungslos“ das Projekt für die Arbeitsreform unterstützt. Auch werde die von der Regierung angestrebte Norm „nicht mehr Arbeitsplätze schaffen“.

## Angeloz-Verfahren

Mit der Absicht einer neuen Verfahrenseröffnung gegen den Senator Eduardo Angeloz wegen unrechtmäßiger Bereicherung hat der Generalstaatsanwalt der Provinz Córdoba am Montag eine außergewöhnliche Berufung eingelegt. Der radikale Ex-Gouverneur war 1998 in öffentlicher und mündlicher Verhandlung wegen Mangels an Beweisen von diesem Vorwurf freigesprochen worden.

## USA-Reise de la Rúas

Präsident Fernando de la Rúa wird in diesem Jahr zu einem Staatsbesuch in die USA reisen und dabei mit US-Präsident Bill Clinton zusammentreffen. Dies bestätigte Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini zu Wochenbeginn. Grund des Treffens sei die „Neuschaffung des bilateralen

Konsultationssystems auf höchster Ebene“. Ein Termin stehe allerdings noch nicht fest.

## Jaroslavskys Allianz

Die Spitze der PJ-Abgeordnetenfraktion hat sich in der vergangenen Woche mit dem UCR-Fraktionschef von 1983 bis 1991, César Jaroslavsky, getroffen. Jaroslavsky erklärte im Anschluss, die einzige Allianz, an die er glaube, sei die zwischen Radikalen und Peronisten, „weil die Opposition dann das Quorum nicht sabotiere“.

## Moralische Züchtigung

Die Stimmung im Hauptstadt-PJ hat sich neuerlich erhitzt, nachdem Antonio Cafieros Absicht bekannt wurde, bei den Hauptstadsitzwahlen am 7. Mai Gustavo Beliz zu unterstützen. „Cafiero macht mit Cavallo das gleiche, was er einst mit Duhalde in der Provinz tat. Wie damals tritt er auch jetzt für Beliz ein, der zweifellos von Menem als das kleinere Übel unterstützt wird“, sagte der Ex-Vizeminister im Innenressort, Alberto Iribarne, nachdem er sich am Wochenende mit Domingo Cavallo getroffen hatte.

## Beliebtheitsskala

Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini und die Vize-Ministerin im Sozialressort, Cecilia Felgueras, sind die Mitglieder der Allianzregierung, die nach zwei Monaten im Amt das höchste Ansehen unter der Bevölkerung ge-

nießen. Gemäß einer in der Zeitung „Clarín“ veröffentlichten Umfrage attestieren 75 Prozent der Hauptstadtbürger Rodríguez Giavarini ein positives Image, gefolgt von Felgueras (74), die auch mit der PAMI-Intervention betraut ist. An der Spitze liegt Präsident de la Rúa mit 78,5 Prozent.

## „Green Berets“

Argentinische Gebirgstruppen führen derzeit gemeinsam mit Einheiten der berühmten „Green Berets“ (Grünmützen) der US-Streitkräfte ein Manöver in den Wäldern von Bariloche durch. Die argentinischen Soldaten gehören der Militärschule für Gebirgstruppen in der Stadt Bariloche an.

## Gräberbesuch

Eine Gruppe von Familienangehörigen im Malwinenkrieg gefallener argentinischer Soldaten ist am Wochenende zum ersten Gräberbesuch während der Amtszeit der Regierung Fernando de la Rúas auf die Inselgruppe geflogen. Die Reisekosten übernahmen das Innen- und Außenministerium.

## Messe für Manrique

Zwölf Jahre nach seinem Tod haben die Mitglieder des Partido

Federal eine Gedenkmesse für Parteigründer und Ex-Wohlfahrtsminister Francisco Manrique veranstaltet. Die Messe fand am Dienstag in der San Nicolás de Bari-Kirche statt.

## Moskitoalarm

Gesundheitsminister Héctor Lombardo hat am Wochenende eingeräumt, dass die das Dengue-Fieber übertragende Moskitoart Aedes aegypti praktisch in ganz Argentinien vorkomme. Lombardo unterstrich die Notwendigkeit von Präventivmaßnahmen, da es keine Impfung gegen Dengue gebe.

## Wer ist Giavarini?

TV-Moderatorin Susana Giménez hat in New York ministeriales Gelächter ausgelöst. Beim Betreten des Hotels Waldorf traf die Ex-Vedette auf argentinische Journalisten, die ihr versicherten, auf Rodríguez Giavarini zu warten. „Wer ist das?“, fragte die neugierige „Su“. „Der neue Außenminister“, die Antwort. Giménez ließ sich jedoch nicht aus der Ruhe bringen: „Ah, den kenn´ich noch nicht!“ Als der Politiker davon erfuhr, reagierte er mit Gelächter.

## Balunek auf dem Weg der Besserung

Der von einem Polizisten angeschossene und schwer verletzte argentinische Ruderer Walter Balunek befindet sich auf dem Weg der Besserung. „Gesundheitlich macht Walter Fortschritte. Wenn alles gut läuft, kann er in zehn Tagen das Krankenhaus verlassen“, sagte Alberto Tomás, Arzt der Ruder-Nationalmannschaft und Chef des Krankenhauses Tigre, in welchem Balunek derzeit behandelt wird, am Dienstag. Psychologisch sei der 27-jährige Ruderer aber in „ein Loch gefallen“.

Balunek war am vergangenen Montag in General Pacheco beim Betreten der Banco Francés von einem Polizisten irrtümlicherweise als Bankräuber gehalten und durch einen Schuss in den Unterleib schwer verletzt worden. Dabei zog sich Balunek Verletzungen an Leber, Magen und der Bauchspeicheldrüse zu. Der Polizist Luis Núñez wurde mittlerweile bis auf weiteres vom Dienst suspendiert.

Unterdessen entwickelte sich der Zwischenfall zu einem Politikum. „Ebenso wenig wie ich Verberecher auf der Strasse dulde,

werde ich gegen solche in Polizeiuniform vorgehen“, sagte der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, nachdem er Balunek am Krankenbett besucht hatte.

Der Unfall ereignete sich zu einem Zeitpunkt, als Balunek den Zenit seiner Karriere zu erreichen schien. Vor zwei Wochen hatte der Ruderer im Zweier mit seinem Bootskollegen Damián Ordás für den lokalen Ruderklub „Conotieri Italiano“ gegen zwei Teutonia-Boote die argentinische Qualifikation für die Olympischen Spiele im September in Sydney gewonnen. Für den 25. Februar war der Abflug nach Mexiko geplant, um bei den lateinamerikanischen Endauscheidungen die Tickets nach Australien zu lösen.

Seine besten Ergebnisse hatte Balunek 1999 erzielt, als er bei den Panam-Spielen in Winnipeg Gold im Zweier und Vierer errang.

Ebenfalls in Kanada erweiterte der Modellathlet wenig später mit dem dritten Platz bei der WM in St. Catherines seine Medailiensammlung.

## PAMI-Ausschreibungen verschoben

Auf Grund zahlreicher Rückfragen hat die Interventionskommission des Rentnersozialwerkes PAMI unter Leitung von Cecilia Felgueras die Ausschreibungsfristen für die ärztliche Betreuung verschoben. Die neuen Fristen sind nach Mitteilung der Kommission die folgenden: Der Stichtag vom 21. Februar wird auf den 25. Februar verschoben, der für den 22. Februar vorgesehene fällt nun auf den 28. Februar und der vom 23. Februar auf den 29. des Monats. Ziel der Ausschreibung ist die Kontraktierung von Vereinigungen mit einem Minimum an Struktur an Krankenhäusern und Kliniken. Außerdem wird die Bewerbung von öffentlichen Krankenhäusern, vor allem in den Provinzen, gefördert.

Entsprechend der PAMI-Information ist der Grund der Verschiebung das „große Interesse“, welches die Ausschreibung geweckt habe. Bisher wurden 126 Unterlagen für die verschiedenen Ausschreibungen im ganzen Land verkauft. Außerdem konsultierten 6.431 Personen die PAMI-Seite im Internet, das Rentnersozialwerk beantwortete darüber hinaus 1741 telefonische Anfragen.

Bei der Aktion handelt es sich um die bedeutendste wirtschaftliche Operation der Regierung Fernando de la Rúas im Jahr 2000 mit einer Größenordnung von 1,8 Milliarden Dollar. Da die Ausschreibungsunterlagen Antikorruptions- und Qualitätsklauseln enthalten, hat die Regierung nach eigenen Angaben eine ihrer wichtigsten Anliegen erfüllt, nämlich den Rentnern eine wirksame medizinische Betreuung zu geben.

# Neue Sicherheitsnorm

## Bonaerenser Senat verabschiedete Verfahrensreform einstimmig

Der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf hat sich mit seinem Gesetzesprojekt zur „mano dura“ durchgesetzt. Der Provinzsenat in La Plata verabschiedete am Mittwochabend die Reform des Strafprozessrechtes, mit der das Enthafnungsrecht drastisch begrenzt und der Polizei mehr Vollmachten zugestanden werden. Mit dem so genannten Gesetz „mano dura“ (harte Hand, hartes Durchgreifen) will Ruckauf die Kriminalitätsrate in der Provinz verringern.

Die Änderungen wurden im Oberhaus der Legislative, in dem

die Allianz dominiert, überraschend einstimmig verabschiedet. Um der Reform Rechtskraft zu geben, fehlt jetzt noch die Abstimmung der Abgeordnetenkommission am Dienstag, in der ebenfalls die Opposition die Mehrheit hat. Dennoch wird es sich bei der Ratifizierung um eine reine Formalität handeln, da die Fraktionen bereits eine Einverständniserklärung unterzeichneten, derzufolge sie das Gesetz ebenfalls ohne Debatte verabschieden wollen.

Die neuerliche Wende in den Verhandlungen beruht in erster Linie auf dem von Präsident Fern-

ando de la Rúa ausgeübten Druck und erst in zweiter Linie auf dem Entscheid der Allianzfraktion, die von Ruckauf eingebrachten Änderungen zu akzeptieren, wenn andererseits die Schaffung einer „Justiz-Polizei“ und einer Juristenkommission akzeptiert wird. Letztere soll die Durchführung des Gesetzes in der Praxis überwachen.

Mit dem neuen Gesetz werden die Richter wesentlich weniger Ermächtigungsraum haben, auf ihre Verhandlung wartende Straftäter zu enthaften oder direkt auf freien Fuß zu stellen. Für die Ver-

fasser der neuen Norm handelt es sich um das Ende der „offenen Tür“. In Zukunft werden laut Gesetz Täter, die bei ihren Delikten mit oder ohne Waffen Gewalt gegen ihre Opfer einsetzen, automatisch in Haft genommen.

Verkehrstraftäter, die Todesfälle oder schwere Verletzungen verursachen, wandern dann ebenso direkt ins Gefängnis wie Fahrerflüchtige. Die Richter haben jedoch darüber zu wachen, dass Fahrer die sich durch die Flucht vor Lynchjustiz retten konnten, nicht wegen Fahrerflucht belangt oder inhaftiert werden.

## Ein Pakt, der keiner war

Präsident Fernando de la Rúa, Parteiradikaler der Allianz, und Gouverneur Carlos Ruckauf, Parteijustizialist in der Provinz Buenos Aires, unterhalten eigenartige Beziehungen. Ruckauf hat den Staatschef mehrmals besucht und zwar sowohl allein als auch zusammen mit anderen Gouverneuren. De la Rúa hat in der Vorwoche die Einladung Ruckaufs angenommen und ist mit einigen Mitarbeitern in La Plata zu Besuch gewesen. Sicherlich war es das erste Mal, dass der Präsident einer Partei den Gouverneur der anderen Partei in der mächtigsten Provinz offiziell besucht hat. Meistens gehören der Präsident und der Gouverneur der gleichen Partei an.

Beide Exekutivpolitiker unterhielten sich freundschaftlich mit ihren Mitarbeitern und kamen überein, dass die Bundespolizei mit der Provinzpolizei zwecks Bekämpfung der Verbrecher zusammenarbeiten wird, dass die Empfänger von Sozialhilfen miteinander abgesprochen werden, dass gewisse öffentliche Bauten gemeinsam durchgeführt werden, allenfalls die Autobahn von Buenos Aires nach La Plata mit nationalen Geldern vollendet und eine neue Mülldeponie in Gross-Buenos Aires eingerichtet wird, wo der Müll der Bundeshauptstadt und anrainender Bezirke abgelagert werden wird, dass die provinzeigene Autobahn nach Mar del Plata auch die Mautgebühren um 8 Prozent senkt wie alle nationalen Autobahnen und dass die von Präsident Menem verfügte Anhebung der Eisenbahnbillets rückgängig gemacht werden soll.

Diese in der Presse vereinbarten Abmachungen sind freilich nicht verbindlich. Der angebliche politische Pakt zwischen de la Rúa und Ruckauf, von dem ebenfalls in der Presse zu lesen war, stellte sich, wie de la Rúa sagte, als ein Pakt heraus, der keiner war. Es ging nur um Koinzidenzen in gewissen Fragen, darunter auch die Bereitschaft der Provinz, am nationalen Sicherheitsrat teilzunehmen, der demnächst tagen wird.

Der politische Hintergrund dieses Paktes, der keiner war, beruht auf den Mehrheitsverhältnissen in beiden Kammern des nationalen Kongresses und der Provinzlegislative. In der Deputiertenkammer kann die Regierung eine Mehrheit mustern, wenn Lokalparteien mitmachen, wie es bei der bevorstehenden Abstimmung über die Arbeitsgesetze erwartet wird. Anders im Senat, der von justizialistischen Provinzvertretern mehrheitlich beherrscht wird.

In der Provinz Buenos Aires regiert der Justizialist Ruckauf mit einem von Allianz-Politikern kontrollierten Parlament. Ruckauf rechnet mit der Unterstützung de la Rúas bei den Abstimmungen über das heikle Thema der Sicherheit, und de la Rúa erwartet, dass Ruckauf justizialistische Parlamentarier dazu bewegt, das Arbeitsgesetz zu verabschieden.

In Sachen Sicherheitspolitik hatten sich beide Politiker nahezu geeinigt, doch das provinzielle Unterhaus billigte einen Kompromiss, der niemanden befriedigte. In der politischen Landschaft der Provinz stehen sich in der Allianz die Vertreter des kleinen Alliierten Frepaso mit den ebenfalls kleinen Alliierten Ruckaufs gegenüber, die sein Sicherheitsminister Aldo Rico verkörpert. Ruckauf besteht darauf, dass Delinquen-

ten hinter Schloss und Riegel gebracht werden, indem die Polizei sie an Ort und Stelle über die Straftat ausfragen darf, was jetzt verboten ist, und dass sie in Gewahrsam bleiben, wenn sie Waffen eingesetzt haben. Die betreffenden Paragraphen wurden verwässert. Die Polizei darf nur Informationen einholen, aber kein Verhör abhalten, und das Gewahrsam in Haft gilt nur, wenn Schusswaffen eingesetzt worden sind, nicht aber, wenn die Tat mit anderen gewalttätigen Methoden verübt wurde. Der Provinzsenat kam Ruckauf teilweise entgegen, indem auch Verbrechen, die mit anderen Waffen begangen werden, nicht mit der Haftentlassung begünstigt werden.

Die Verbrecher in der Provinz sowie insbesondere ihre Rechtsanwälte sind den Frepaso-Politikern für diese Verwässerung dankbar. Die Opfer werden gelegentlich das Nachsehen haben, wenn die Verbrecher wie bisher sich sicher fühlen, weil sie weder einem Verhör unterzogen werden noch in Gewahrsam bleiben, auch wenn sie erwischt worden sind. Dafür stehen die so genannten Garanten ein, die für die Garantien der Verbrecher, nicht aber deren Opfer plädieren.

## Randglossen

Die meisten justizialistischen Senatoren wurden in Audienz von Präsident de la Rúa empfangen. Beide Senatoren von La Rioja, Eduardo Menem und Jorge Yoma, sowie ein Senator von Entre Ríos, Héctor Maya, bleiben trotzig abseits, weil sie gerade mit ihren Parteikollegen zerstritten sind. Senatoren vertreten ihre Gliedstaaten, deren Geldwünsche sie gegenüber der nationalen Exekutive vortragen. Bekanntlich ist Buenos Aires für Provinzler der Hort, woher leichtes, nicht erarbeitetes und selber versteuertes Geld erpresst werden kann, wenn der Finanzschuh drückt. Welche Geldwünsche die Senatoren dem Präsidenten vorgebracht haben, wurde nicht bekannt, doch darf angenommen werden, dass sie Gegenleistungen für ihre Bereitschaft erwarten, das Gesetz über die Arbeitsverträge abzusegnen, das die Deputiertenkammer angeblich nächste Woche verabschieden dürfte. Die Gewerkschaften schauen verdrossen zu und bereiten ihren Streik mit Aufmarsch zum Maiplatz vor.

Der argentinische Botschafter in Wien, Juan Carlos Kreckler, wurde vom Aussenamt nach Buenos Aires gerufen, nachdem eine Indiskretion den Wortlaut seines Berichtes über die österreichischen Wahlen vom Oktober 1999 der Zeitung „Página/12“ zugespielt hatte. Kreckler zitierte den bekannten Wiener Nazijäger Simon Wiesenthal, der Haider als rechtspopulistischen Demagogen, aber Nazi einstufte. Seither wurde die Öffentlichkeit im Westen über Haider aufgeschreckt, und Österreich wurde in Europa boykottiert. Das argentinische Aussenamt wurde auch hier unter Druck gesetzt. Das unschuldige Opfer war Kreckler, der nach einem vieljährigen Aufenthalt auf Posten im Ausland ohnehin demnächst hätte heimkehren müssen, allerdings ohne das Odium eines beruflichen Lageberichtes, den ein indiskreter Beamter der Presse übergab.

# Siege der „Grossen“

## Torneo Clausura 2000 ohne Ramón Díaz, der bei River das Handtuch warf

Die Protagonisten des vergangenen Jahres haben auch den Meisterstart des Torneo Clausura 2000 bestimmt. Ebenso wie Titelverteidiger und Rekordmeister River Plate (28 Erfolge), das nach der überraschenden Demission von Trainer Ramón Díaz zwei Tage vor Turnierbeginn wegen fehlender Verstärkungen am Sonntag zu einem glücklichen 2:1 (1:1)-Sieg bei Instituto de Córdoba kam, hatte Erzrivale Boca Juniors beim 3:1 (1:0) in Avellaneda gegen ein ebenbürtiges Independiente das Glück auf seiner Seite. Beim Stande von 1:2 versagte Schiedsrichter Elizondo in der 76. Minute den Hausherrn ei-

nen Elfmeter, wenig später sorgte Arruabarrena für die Entscheidung zugunsten Bocas. Zuvor hatten Bermúdez (25.) und Barijho (52.) für Boca, sowie Martínez (50. für die „Roten“ getroffen.

Für River, das in Córdoba von Interimstrainer Delem betreut wurde, bevor am Montag Américo Gallego als Nachfolger Díaz' präsentiert wurde, traf Alvarez (21., 88.) zweimal. Vize-Meister Rosario Central siegte vor eigenem Publikum sicher mit 2:0 gegen Abstiegskandidat Gimnasia de Jujuy.

San Lorenzo gewann ein unterhaltsames Auftaktspiel im Nuevo Gasómetro knapp mit 1:0 (1:0) ge-

gen Newell's Old Boys. Ariel López sorgte bereits nach sechs Minuten für den Sieg des letztjährigen Viertplatzierten, der sich in diesem Jahr jedoch auf die Copa Libertadores konzentrieren möchte.

Trotz des Damoklesschwertes der drohenden Vereinsauflösung wegen Verbindlichkeiten in Höhe von 60 Millionen Dollar zeigten sich die Racing-Akteure bereits am Freitag im ersten Spiel des Turniers unbeeindruckt und kamen zu einem ungefährdeten 3:1 (1:1) gegen Talleres de Córdoba. Zweimal Estévez (6., 72.) sowie Cordone (62.) trafen für den Altmeister, Astudillo hatte die Cord-

obeser bereits nach einer Minute in Führung gebracht.

Die Absteiger in die zweite Liga dürften sich am Ende des Torneo aus Instituto de Córdoba (0,95), Ferro (0,979), Belgrano de Córdoba (1,103) und Gimnasia (J) (1,125) sowie Colón (1,135) und Unión de Santa Fe (1,137) rekrutieren. Die sechs Teams weisen mit Abstand die schwächsten Punkteeffizienten der vergangenen drei Jahre auf.

**Weitere Ergebnisse vom ersten Spieltag:** Colón - Vélez 1:0, Belgrano - Lanús 2:4, Chacarita - Gimnasia LP 1:2, Estudiantes LP - Argentinos Jrs. 1:1, Ferro - Unión 2:3.

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Zinssätze der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.**

\*\*\*

**Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,6% auf 630,21, der Burcapindex um 3,1% auf 1.163,64 und der Börsenindex um 2,3% auf 21.775,86.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2% auf \$ 0,7500.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagebestände der ZB betragen am 14.2.00 \$ 25,96 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 14,65 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,45 Mrd. bzw. 15,03 Mrd., vor einem Monat \$ 25,51 Mrd. bzw. 15,38 Mrd.**

\*\*\*

**Die von den Familien Madanes und Quintanilla kontrollierte Fate-Aluar-Gruppe hat für die nächsten 5 Jahre Investitionen von US\$ 2 Mrd. in 4 Vorhaben bekanntgegeben. Die Kapazität des Rohaluminiumwerkes in Puerto Madryn soll erweitert, eine neue Rohaluminiumfabrik in Patagonien errichtet, ein weiteres Wärmekraftwerk gebaut und die Walzwerke modernisiert werden. Nach Abschluss des Programms wird der Ausstoß von Rohaluminium von 265.000 auf 650.000 Jato, der Weltmarktanteil von 1,1% auf 2,4% gesteigert werden. Hauptinvestition wird die neue Aluminiumfabrik für US\$ 1,3 Mrd. sein. Derselbe Plan sieht den Verkauf der Aluminium-Stangenpressanlage an die von der Weltmarktersten Alcoa kontrollierte Ferrosar vor.**

\*\*\*

**Die kürzlich mit Bell Atlantic fusionierte GTE und die von ihr kon-**

**trollierte CTI Movil gaben Einzelheiten über die Investitionen von US\$ 1 Mrd. bekannt, die 2000 abgeschlossen werden. Mit ihnen wird ihr PCS (Personal Call System) sowie ihr internationaler Fernsprechsprechdienst in Argentinien eingeführt. US\$ 301 Mio. für die PCS-Lizenz im Raum Gross Buenos Aires, US\$ 50 Mio. für eine halbe PCS-Bandbreite für das Landesinnere und US\$ 200 Mio. für Vorbereitungsarbeiten seien bereits ausgegeben worden.**

\*\*\*

**Die Papierfabrik Papel Misionero hat für die Modernisierung ihrer Produktion mit der brasilianischen Voith einen Vertrag über US\$ 29 Mio. abgeschlossen. Wie ein Firmensprecher erklärte, ist die brasilianische Voith die einzige Fabrik in Südamerika, die Maschinen für die Papierindustrie herstellt.**

\*\*\*

**Durch den Kfz-Eintauschplan der Regierung wurden 39,7% aller veralteten Fahrzeuge der Provinz Buenos Aires und 12,1% in Buenos Aires Stadt verschrottet. In der Rangliste folgen die Provinzen Córdoba und Santa Fe.**

\*\*\*

**Die Motorradfabrik Zanella, die von der schweizerischen Finanzgruppe unter Walter Steiner übernommen wurde, hat für das Quartal zum 31.12.99 \$ 9,58 Mio. Verlust angegeben. Grund seien aussergewöhnliche Zahlungen wie die Abfertigung von etwa 100 entlassenen Mitarbeitern, Schliessungen im Werk in Caseros und Verzögerungszinsen für Steuerschulden. Der Umsatz gegenüber dem vorhergehenden Quartal habe um 35% zugenommen.**

\*\*\*

**Standard & Poor's hat die Benotung von 11 argentinischen Unternehmen verbessert. Es sind: Alto Palermo, Movicom, Disco, Loma**

Negra, Mastellone, Sideco, Norte, Tecpetrol, Telecom, Telefónica und Agea.

\*\*\*

**Ab Dienstag beginnt die von der Regierung angeordnete 30tägige Schonzeit für den Seehecht Merluza, in der sein Fang untersagt ist. Besonders die Fischer von Mar del Plata fordern eine Schonzeit von höchstens 14 Tagen.**

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung der Provinz Catamarca bietet Zahlungserleichterungen bis zu 120 Monaten für Steuerschulden. Durch sie erwartet sie in diesem Jahr um \$ 3 Mio. und im nächsten um \$ 8 Mio. höhere Einnahmen.**

\*\*\*

**Präsident de la Rúa war Ehren-gast bei der Einweihung der neuen Textilfabrik der Firma Noreste & Platex in der Ortschaft Monte Caseros (Corrientes).**

\*\*\*

**N. de Paula, Präsident der brasilianischen Kammer der Schuhindustrie (Abicalzados), gab bekannt, dass als Antwort auf die argentinischen Handelsschranken gegen die Einfuhr brasilianischer Schuhwerks mehrere Kammermitglieder Filialen, besonders für die Fertigung von Damenschuhen, in Argentinien errichten werden. Grund zur Sorge sei die Konkurrenz der Erzeugnisse aus China, die nach dem Eintritt Chinas in die WHO mit 35% Zoll eingeführt werden. Das Problem der argentinischen Fabriken sei der niedrige Stand ihrer Technik.**

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung gab eine Reihe von Massnahmen bekannt, um kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) billigere Energiepreise zu ermöglichen. Bei Erdgas soll der Mindestverbrauch, um direkt beim Grosshandel einkaufen zu können, von 10.000 cbm/Tag auf 5.000 cbm/Tag herabgesetzt werden, was dem Energiesekretariat zufolge Einsparungen von 5% bis 22% gestatten**

wird. Desgleichen soll der Mindest-Stromverbrauch von 50 kW auf 30 kW verringert werden, was etwa 20.000 Betriebe begünstigen wird. Die Treibstoffpreise für Landwirtschaft und Transport sollen veröffentlicht werden, um mehr Transparenz zu schaffen. Die Preise an vielen Tankstellen würden weit über den Grosshandelspreisen liegen.

\*\*\*

**Argentinien unterwirft sich dem WHO-Urteil über unzulässige Einfuhreinschränkungen für Schuhwerk, will seine Industrie dennoch schützen. Da die bisherigen Massnahmen am 25.2. ablaufen, arbeitet das Unterstaatssekretariat für Industrie mit der Kammer der Schuhindustrie (CAC) an einer neuen Form mit einem Sonderschutz nur für Sportschuhe. Andere Einfuhren von ausserhalb des Mercosur zahlen den möglichen Höchstzoll von 35%. Für Lieferungen aus Nichtmitgliedern der WHO gelten die bisherigen Bestimmungen. 2/3 der Schuhereinfuhren von ausserhalb des Mercosur stammen aus dem Fernen Osten, wo China und Vietnam nicht WHO-Mitglieder sind, obwohl für Chinas Handel mit Argentinien ein Vorzugsabkommen besteht.**

\*\*\*

**E. Delle Ville, Schatzsekretär der Stadtregierung von Buenos Aires, bemüht sich in New York um die internationale Finanzierung der geplanten Erweiterung des U-Bahnnetzes. Für den Tunnelbau, der das U-Bahnnetz von 50 km auf 100 km erweitern soll, verhandelt Delle Ville mit der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) um Kredite von insgesamt US\$ 1,2 bis 1,5 Mrd.**

\*\*\*

**Pluspetrol investiert US\$ 15 Mio. in eine neue, verlustfreie Bohrtechnik, um die Erdgasförderung des Ramos-Lagers in Salta von derzeit 11 Mio. cbm/Tag zu erhöhen. Eine neue Bohrung soll 1,5 Mio. cbm/Tag ergeben. Damit soll Salta 2. grösster**

Gaslieferant des Landes werden.

\*\*\*

**Industrie- und Handelssekretärin Giorgi gab die Verlängerung des Kfz-Abkommens mit Brasilien bekannt.** Die Bestimmungen, die am 29.2. ablaufen, bleiben in Kraft, bis beide Regierungen das neue Abkommen ausgearbeitet haben.

\*\*\*

**C. Reutemann, Gouverneur der Provinz Santa Fe, hat bei der staatlichen Wirtschaftsführung um Finanzhilfe für die Rentenkasse der Provinz angesucht, die 1999 \$ 150 Mio. Defizit hatte.** Auch will er die Provinzschulden, \$ 1,2 Mrd., auf 10 Jahre umstrukturieren. Für die genaue Ermittlung der Schulden hat Reutemann eine Buchprüfung verpflichtet. Damit ist Santa Fe die erste der grossen Provinzen, die sich den mit dem IWF ausgearbeiteten Massnahmen anschliesst.

\*\*\*

**Nach der Fusion mit der Banco de Entre Ríos (AT 5.2.00) hat die von der französischen Credit Agricole kontrollierte Bisel Bank ein Abkommen für die Akquisition von 60,4% der Banco del Suquia (Roggio-Gruppe) unterzeichnet.** Die Übernahme soll im 2. Halbjahr 2002 für rd. US\$ 157 Mio. erfolgen. Sie wird die grösste Privatbank des Landes nach Filialen sein (nur die Banco de la Nación besitzt mehr), die 8-grösste nach Aktiven und die 6-grösste nach Einlagen.

\*\*\*

**Zum 1. Mal ruft ein Mercosur-partner, Brasilien, das WHO-Schiedsgericht gegen einen anderen, Argentinien, an.** Es geht um Handels-schranken für Textilien. Im Oktober wurde Argentinien von der WHO aufgefordert, aber nicht verpflichtet, sie abzubauen. Argentinische Unternehmen erklären, Brasilien subventioniere seine Produktion. Die argentinischen Ausfuhren von Textilien nach Brasilien erreichten nach Angaben des Statistikamtes INDEC 1998 US\$ 327,3 Mio. und 1999 US\$ 226,6 Mio. Die Einfuhren aus Brasilien 1998 US\$ 358,9 Mio. und 1999 US\$ 247,9 Mio.

\*\*\*

**C. Colombo, Präsident der Banco de la Nación, gab bekannt, dass in allen 540 Filialen die subventionierte Kreditlinie für den Kauf in Argentinien erzeugter Kapitalgüter für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) zu 7% Jahreszinsen zur Verfügung steht.** Es stünden US\$ 150 Mio. zur Verfügung um Darlehen bis zu US\$ 500.000 pro Unternehmen bis auf 5 Jahre zu gewähren. 2 Punkte der Subvention werden von der Bank und weitere 2 vom Staatssekretariat für Pymes getragen. Mit 14 Provinzen habe die Bank bereits diesbezügliche Abkommen unterzeichnet, mit weiteren 7 werde verhandelt. Von Corrientes und Santa Cruz wird angenommen, dass sie sich nicht anschliessen.

\*\*\*

**Ein Mehrheitsbeschluss der Parlamentskommission in der Provinz**

**Córdoba ebnete den Weg für die Behandlung der Gesetzesvorlage zur Privatisierung des E-Werkes und der Bank der Provinz, sowie der Vergabe von Glücksspielkonzessionen.** Die Vorlage sieht auch Massnahmen zur Transparenz und Fiskaldisziplin in der Provinzverwaltung vor, wie sie im letzten Fiskalpakt vereinbart wurden, um die Umschuldung der Provinz zu ermöglichen. Bei den Abgeordneten kann die Opposition überstimmt werden, im Provinzenat ist diese mit einer Gegenstimme im Vorteil. Wird die Gesetzesvorlage angenommen, kann die Umschuldung der \$ 1,21 Mrd. nach Rechnung der zentralen Wirtschaftsführung, bzw. \$ 3,35 Mrd. nach Berechnung der unabhängigen Buchprüferfirma Price Waterhouse Coopers/Harteneck López, eingeleitet werden. Die Provinzregierung gibt \$ 1,2 Mrd. fällige Geldschulden, \$ 800 Mio. laufende Schulden, \$ 300 Mio. Schuld an den Treuhandfonds wegen einer Garantie für die Provinzbank und \$ 1 Mrd. an Sozialwerke und Rentenkassen an.

\*\*\*

**Der internationale Versanddienst DHL, der hier jahrelang durch R. Giachino betrieben wurde, bis DHL ihn 1999 in eigene Hände nahm, investiert US\$ 19 Mio. US\$ 10 Mio. sind für die neue Niederlassung im Stadtteil Barracas vorgesehen, der Rest für Vorhaben in den Provinzen Córdoba, Santa Fe und Mendoza und zur Erneuerung des Fahrzeugparks.**

\*\*\*

**Die Gesetzesvorlage der Regierung zur Förderung der kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) ist fertiggestellt.** Der Abschnitt „Kauft bei Pymes“ sieht bei Staatskäufen vor, dass den Pymes bis zu 5% über dem Angebot grosser Lieferanten bezahlt werden kann. Die wichtigsten Teile der Vorlage sind die Schaffung eines Garantiefonds von \$ 100 Mio., der als Rückversicherung der Gesellschaften für Gegenseitige Risikosicherung (SGR) eingesetzt wird, um den Pymes den Zugang zu Bankkrediten zu erleichtern, und eines weiteren von \$ 100 Mio. um neue Projekte und die Gründung neuer Unternehmen zu fördern.

\*\*\*

**Die Justiz hat bestätigt, dass die Ausstellung eines befristeten Schecks ohne Deckung bei Fälligkeit, zum Unterschied von gewöhnlichen Schecks, kein Rechtsbruch ist.** Das sei im Gesetz verankert, ist jedoch vielen Empfängern dieser neuen Zahlungsart unbekannt.

\*\*\*

**Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat durch den Allgemeinen Beschluss 782, der den Nr. 756 vom 7.1.00 ändert, verfügt, dass die zusätzlichen Gewinnsteuer-Belastungen von Lohnempfängern, die durch die Erhöhung der Sätze bzw. Verringerung der Freigrenzen entstanden sind, nicht in 3 sondern in 9 gleichen Monatsraten von ihrem Gehalt abzuziehen sind.**

\*\*\*

**Die Überwachungsbehörde für die Wasserver- und -entsorgung (ETOSS) ist mit den Gemeindeverwaltungen von Quilmes und Berazategui sowie dem Konzessionär Aguas Argentinas übereingekommen, dass die Abwasser-Kläranlage für die beiden Gemeinden Vorrang genießt.** Im ursprünglich mit der Konzessionärin vereinbarten Investitionsplan sollte die Anlage 2018 fertiggestellt werden. Die zunehmende Verschmutzung des La Platastroms fordert, dass der Bau in diesen Fünfjahres-Investitionsplan der Firma aufgenommen wird.

\*\*\*

**Die Provinzregierung von San Juan hat von dem Konsortium aus AES América und Panedile Argentina eine internationale Bürgschaft für \$ 145 Mio. gefordert.** Sollte sie bis zum 22.2.00 nicht erstellt sein, verliert das Konsortium den Zuschlag für 2 Staudämme am San Juanfluss (Los Caracoles und Punta Negra) und die Bauten werden neu ausgeschrieben. Das E-Unternehmen AES und die Bau-firma Panedile hatten den Zuschlag erhalten, der \$ 145 Mio. Subvention

und das Recht auf die Stromgewinnung für 30 Jahre vorsah. Die Provinz will die Subvention im voraus bezahlen, fordert jedoch eine Bürgschaft, die den tatsächlichen Baubeginn sichert.

\*\*\*

**Die Provinzregierung von San Juan verhandelt mit Banken über die Unterbringung eines Bonds von US\$ 400 Mio.** Damit soll die Provinzschuld (in diesem Jahr sind \$ 121 Mio. fällig) auf 10 Jahre umstrukturiert werden. San Juan hat von der Banco de la Nación bereits einen Kredit von \$ 18 Mio. zu 12% im Jahr erhalten, der in 2 Raten von \$ 10 Mio. rückzahlbar ist.

\*\*\*

**Ermutigt durch den ausserordentlichen Erfolg ihrer Unterbringung in New York, will die zur Pescarmona-Gruppe (Mendoza) gehörende Impsat in USA einen Bond für US\$ 300 Mio. zu 13,75%, auf 5 Jahre, anbieten.** Die Mittel sollen zur Erweiterung ihres Breitband-Kommunikationsnetzes in Lateinamerika eingesetzt werden. Unterbringer ist wieder Morgan Stanley, die mit 16,3% an Impsat beteiligt ist. Im September 98 hatte Impsat bekannt gegeben, dass sie in 5 Jahren US\$ 2 Mrd. investieren

# LAVARropas

## KOH-I-NOOR

### ENTRA EN SU CASA

← **40 cm. DE ANCHO** →

Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. Echeverría 930  
Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

wird, um mit 1 Mio. km Lichtwellenleiter eine lateinamerikanische Informatik-Autobahn zu vernetzen, die folgerichtig Autopista Informática Latinoamericana getauft wurde.

\*\*\*

**Ein Auktionär und Rechtsanwalt hat bei einem Bundesgericht von Comodoro Rivadavia gegen die Firmen DeRemate, Oportunidades, Multimedia Solutions-Daltec und Mercado Libre einen Schutzrekurs gegen Versteigerungen über einen Website eingelegt.** Diese Art der Versteigerungen verstosse gegen das Gesetz Nr. 20.266, das Auktionäre verpflichtet, amtlich eingetragen zu sein und das Recht, öffentliche Versteigerungen abzuhalten, auf sie beschränkt. Keine der Internetversteigerer habe eine Lizenz. Selbst wenn sie eine besässen, fordere das Gesetz, dass sie die Waren kontrollieren, was über ein Website unmöglich ist.

\*\*\*

**Angesichts der höheren Zinsen für Fristdepositen musste die Wirtschaftsführung für die Unterbringung ihrer Wechsel-Bonds höhere Zinssätze hinnehmen.** Der Umfragesatz, bei dem alle Fristdepositen berücksichtigt sind, ergab 11,92%, der Badlar-Satz, für Depositen von mehr als 1 Mio., 11,36%. Es wurden \$ 337,8 Mio. zu dem Umfragesatz und 4 Mio. zum Badlarsatz aufgenommen. Im Januar wurden für den Umfragesatz 11,65% bezahlt, im Dezember 12,45% für den Umfragesatz und 12,13% für den Badlar.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung von Buenos Aires Stadt will ihren Tango-Bond um US\$ 100 Mio. erweitern.** Damit sollen kurzfristige Lieferantenschulden bezahlt und gleichzeitig der Markt für die Finanzierung der Untergrundbahnen getestet werden. Unterbringer ist die Chase Manhattan Bank, die einen Zinssatz von 10,5% bis 11% erwartet. Das ist weniger als der Staat zahlen muss.

\*\*\*

**Die argentinische Honigerzeugung betrug 1999 um die 85.000 t, gegen 73.000 t 1998 und 47.000 t 1990.** Der Export nahm von 39.700 t 1990 und 69.000 t 1998 auf schätzungsweise 80.000 t 1999 zu, wobei der Binnenkonsum gesunken ist. 1998 war der Hauptkäufer, mit einem Anteil von 67% an den Gesamtexporten, die USA, gefolgt von Deutschland mit 13,6%, Italien mit 7,7% und Grossbritannien mit 3%.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister José Luis Machinea bezog sich auf die Möglichkeit, dass die Investitionen in Fernverbindungen auf US\$ 4 Mrd. verdoppelt würden, wobei die Tarife auf dem „Konkurrenzsegment“ bis um 50% zurückgehen würden.**

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Machinea hat mehrere Massnahmen angekündigt, um die Industrieproduktion zu fördern:** a. Verringerung der Zölle für Kapitalgüter, die nicht im Mercosur erzeugt werden; b. Vereinfachung des

Verfahrens der befristeten Einfuhren; c. Ein neues System für die Einfuhr von schlüsselfertigen Anlagen, die nicht in Argentinien erzeugt werden; d. Änderung der MWSt. für Investitionen; e. Ein neues Leasing-Gesetz; f. Automatische Rückgabe der MWSt. an Exporteure; g. Beschleunigung der Untersuchung bei Dumpingklagen; h. Mehr Finanzierung über die BICE für Unternehmen, die ihre Aktien an der Börse kotieren.

\*\*\*

**US-Handelssekretär Daley hat seinen Argentinienbesuch beendet. Er könnte die WHO wegen des argentinischen Patentgesetzes anrufen, da hier seiner Aussage nach Patentreiberei betrieben wird.** Er sprach sich energisch gegen die Gesetzesvorlage aus, nach der wie in Brasilien und Uruguay ein Prozentsatz inländischer Produktion für im Lande vertriebene Medikamente gefordert wird. Die Vorlage verstosse, so wie das brasilianische Gesetz, gegen die WHO-Normen. Die USA würden in beiden Fällen vorgehen. Auch beanstandete er die argentinische Aufhebung der Regulierung der Handelsluftfahrt mit USA, die auf Kosten der Fluggäste in Argentinien geht.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Machinea forderte von Energiesekretär Montamat die sofortige Untersuchung des Treibstoffmarktes und Vorschläge um Transparenz und Konkurrenz auf demselben zu verbessern, sowie eine Ermittlung über die Auswirkung der Preiszunahme auf den Markt und die Endverbraucher.** Vizepräsident Alvarez erklärte, die Kraftstoffpreise würden fallen, wenn regierungsseitig die Einfuhr erleichtert wird. Mittlerweile hat Repsol YPF die letzte Preiserhöhung von 1,5% für Benzin und 4% für Dieselöl rückgängig gemacht, da der Rohölpreis in New York unter US\$ 30 pro Fass (auf US\$ 29,13 für WTI) gefallen ist. Shell und Esso, die ihre Preise in der Vorwoche nicht erhöht hatten, erklärten, sie würden die Preise halten, solange der Fasspreis für Rohöl unter US\$ 30 bleibe.

\*\*\*

**Die Wirtschaftsführung hat von den Vertretern der verarbeitenden Industrie landwirtschaftlicher Produkte einen Bericht darüber gefordert, bei welchen Erzeugnissen ihres Bereiches kurzfristig Ausfuhrsteigerungen erzielt werden können und welche die notwendigen Massnahmen wären.** Die Aufforderung ist eine Antwort auf die Erklärungen von A. Alvarez Gaiani, Präsident der Copal (Coordinadora de Productos Alimenticios), dass die Subventionen konkurrierender Staaten Argentinien daran hinderten, Nahrungsmittel für jährlich US\$ 4 Mrd. auszuführen und 240.000 Arbeitsplätze zu schaffen.

\*\*\*

**Das italienische E-Werk Enel gab die Investition von rd. US\$ 370 Mio. in je einem Kraftwerk in Córdoba und Tucumán bekannt.** Die Durchführung untersteht ihrer Tochter-

gesellschaft Enelpower und als Bauzeit sind zweieinhalb Jahre vorgesehen. Jedes Gas-Dampf-Kombikraftwerk wird 240 MW leisten.

\*\*\*

**Pizza Cero hat mit Shell ein Abkommen unterzeichnet, nach dem in Tankstellen Pizza-Ecken einge-**

richtet werden. Die im Vorjahr begonnenen Probeeinrichtungen waren erfolgreich. Vor Ende 2000 sollen landesweit 40 in Betrieb sein. Damit soll Romanaccio, der das Geschäft mit EG3-Tankstellen betreibt, Konkurrenz gemacht werden.

\*\*\*

## Konkursreife Landwirtschaft?

Landwirtschaftssekretär Antonio Berhongaray, selber Viehzüchter in La Pampa, verkündete dieser Tage, dass die argentinische Landwirtschaft konkursreif sei („el campo está quebrado“). Als zuständiger Beamter muss er sich täglich mit den verschuldeten Landwirten und ihren Sprechern auseinandersetzen. Seine Stimmungsmache dürfte dazu beigetragen haben, dass die Banco de la Nación Argentina, Hausbank von 77.000 Agrarkunden, sich bereit erklärte, Agrarschulden bis US\$ 500.000 langfristige, allenfalls bis 20 Jahre umzuschulden, vorausgesetzt dass die säumigen Schuldner 15% in Gestalt eines Bonds bezahlen. Dieser finanzielle Rettungsring umfasst möglicherweise bis US\$ 1,8 Mrd., sofern sich die säumigen Agrarschuldner qualifizieren, was abzuwarten ist. Sie müssen die im Verhältnis zu den Marktzinsen im Bankgeschäft niedrigen Zinssätze freilich regelmässig bezahlen. Etwa 23.000 Bankschuldner dürfen von der Fazilität Gebrauch machen. Andere Landwirte, die mit ihren Schulden á jour sind, kommen in den Genuss einer zweiprozentigen Zinssenkung. Endlich eine Belohnung für korrekte Schuldner, anstatt immerzu säumige Schuldner umzuschulden, die sich vielfach melden, wenn ein Moratorium angekündigt wird, einige Raten bezahlen und dann wieder ausscheren.

Diese Umschuldung betrifft indessen nur ein Drittel der Agrarschuldner der Banco de la Nación. Zwei Drittel passen sich den gegenwärtig denkbar niedrigen Weltmarktpreisen an, senken Kosten, meiden Investitionen. Im letzten Jahrzehnt hat die Agrarwirtschaft der Pampa die Ernten nahezu verdoppelt. Die Milchwirtschaft vermehrte ihr Melkaufkommen um etwa 10% jährlich, so dass sie jetzt an Überproduktion mit fallenden Preisen leidet.

Die Landpreise haben sich auch fühlbar verbessert. Die fruchtbare Pampa-Gegend wird neuerdings auf US\$ 140 Mrd. Landwert geschätzt, wogegen die Bankschulden nur US\$ 7 Mrd. ausmachen, also kaum 5% des Landwertes, wie der Fachjournalist Héctor Huergo im „Clarín“ (12. Februar) nach-

rechnete und den Landwirtschaftssekretär Berhongaray widerlegte. Zudem wird die diesjährige Sojaernte trotz 35prozentiger Preisbaisse abermals zunehmen und nach der letzten Schätzung des US-Landwirtschaftsdepartements auf der Grundlage von Satellitenaufnahmen 19,5 Mio. t einbringen, ein schlagender Beweis dafür, dass die argentinische Landwirtschaft keinesfalls konkursreif ist, obwohl es zahlreiche Landwirte gibt, die Mühe haben, über die Runden zu kommen und aufgeben. Andere machen weiter.

Die Gesamternte von Getreide und Ölsaaten (einschliesslich Baumwolle und Hülsenfrüchte) ergibt nach der ersten Schätzung des Landwirtschaftssekretariates 60,84 Mio. t, was eine Zunahme von 4% gegenüber der Vorjahresernte von 58,5 Mio. t (vor kurzem war die Ernte dieses Jahres mit 54 Mio. t berechnet worden) darstellt und stark unter der Rekordernte von 68,6 Mio. t der Periode 1997/98 liegt. Dennoch handelt es sich um die zweithöchste Ernte der Geschichte, die um etwa 50% über den Normalernten der 80er Jahre liegt. Eine private Schätzung, von Pablo Andreani, Direktor der Consulting-Firma Agri Pac, die in „La Nación“ 12.2.2000 veröffentlicht wurde, ergibt 63 Mio. t. Ferner hat das US-Landwirtschaftsdepartement (USDA) die Schätzung für die argentinische Sojaernte vor kurzem um 500.000 t auf 19,5 Mio. t erhöht. Diese Zahl beruht auf Satellitenaufnahmen, die von Fachleuten bewertet werden. Die offizielle Zahl für Sojabohnen liegt bei 18,7 Mio. t. Es ist ein beachtlicher Unterschied, wobei man davon ausgehen muss, dass die USDA unsere Ernten besser schätzt.

Wenn es den Landwirten wirklich so schlecht ginge, wie viele angeben, wäre dieses Ergebnis, bei niedrigen Preisen, Dürren auf der einen Seite und überschwemmungen auf der anderen, kaum möglich gewesen. Man vergisst eben, dass im letzten Jahrzehnt ein enormer technologischer Fortschritt in der Landwirtschaft stattgefunden hat, der zu starken Kostensenkungen geführt hat, u. a. als Folge höherer Hektarerträge.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

# Das Verständigungsmemorandum

Zu Beginn der Berichtswoche veröffentlichte die Wirtschaftsführung den Text des Verständigungsmemorandums, das dem Direktorium des Internationalen Währungsfonds zugeleitet wurde. Die Denkschrift war mit der IWF-Mission vor einigen Wochen in Buenos Aires abgesprochen worden. Das gewünschte dreijährige Standby-Abkommen mit Ziehungsrechten bis US\$ 7,4 Mrd. dürfte in Washington problemlos den Amtsweg durchlaufen und soll in der Sitzung vom 15. März vom Direktorium abgesegnet werden.

Das Memorandum beschreibt anfangs die Wirtschaftslage, rechtfertigt die grundlegenden Reformen der Menem-Regierung und weist als Schwachstellen ausstehende Reformen der Arbeits- und Gesundheitsgesetzgebung, die Ausuferung des Fiskaldefizits und der Arbeits- und Gesundheitsgesetzgebung, und den Konjunkturrückschlag aus, der mit einer 13prozentigen Verschlechterung der Austauschverhältnisse (Englisch: „terms of trade“, bezogen auf die Relation der Import- und Exportpreise bzw. deren Mengen) einher ging.

Für 2000 visiert das Memorandum ein mögliches BIP-Wachstum von 3% an, obwohl die Wirtschaftsführung gerne 4% erreichen möchte. Jedenfalls wird vorweggenommen, dass die Wirtschaft im dreijährigen Durchschnitt 4% per annum wachsen wird. Die meisten Wirtschaftskonsultanten neigen ebenfalls zu rund 3% Wachstum, einige sogar etwas weniger, aber niemand erwartet doppelt so hohe

Wachstumsraten wie weiland von 1991 bis 1994 und von 1996 bis 1998.

Für die Berechnung des Fiskaldefizits hält zunächst das Kassendefizit des Schatzamtes her, das mit \$ 200 Mio. der Rentenkasse PAMI dieses Jahr, wie bereits bekannt, nicht mehr als 4,7 Mrd. betragen darf, angefangen mit 2,15 Mrd. im ersten Quartal, 2,69 Mrd. im zweiten und 3,43 Mrd. im dritten Quartal. Die Primärausgaben der Bundesregierung steigen von \$ 13,9 Mrd. im ersten Quartal auf \$ 26,13 Mrd. im zweiten, \$ 39,84 Mrd. im dritten und \$ 53,23 Mrd. im letzten Quartal. Im Jahr 2001 soll das Kassendefizit auf \$ 2,8 Mrd. und 2002 auf \$ 600 Mio. fallen. Gegenüber diesen Fiskalauflagen, die verbindlich sind und Korrekturen in Gestalt von Ausgabenkürzungen erheischen, wenn sie nicht eingehalten werden, sollen die Provinzen ein Defizit von \$ 1,37 Mrd. per Mitte 2000, \$ 2,2 Mrd. per Ende 2000 sowie von \$ 1,4 Mrd. 2001 und \$ 900 Mio. 2002 ausweisen, welche Fiskalauflagen unverbindlich sind, weil die Bundesregierung die Gliedstaaten nicht zwingen kann, ihre Ausgaben zu verringern und ihre Einnahmen anzuheben. Hierfür sind Sonderprogramme zugunsten verschuldeter Provinzen unterwegs, denen sich dieser Tage als erste grosse Provinz auch Santa Fe anschliessen will. Die Nationalregierung schießt Gelder aus einem Treuhandfond vor, der sich wiederum selber verschuldet, sofern die Provinzen die vereinbarten Auflagen einhalten.

Erstmals in einem Abkommen mit dem Fonds bezieht das Memorandum die Defizite der öffentlichen Hand (Nationalregierung und Gliedstaaten) auf die Neuverschuldung. Der Maastricht-Vertrag in Europa hatte diese Methode zur Berechnung der zulässigen Defizite zwecks Qualifizierung für den Euro eingeführt. Die gesamte Neuverschuldung soll laut Memorandum Ende 2000 nicht mehr als \$ 6,31 Mrd. betragen und 2001 \$ 5,4 Mrd. Die Differenz mit dem Kassendefizit des Schatzamtes plus Fehlbeträge der Gliedstaaten sind Bondemissionen, die somit nicht ausufern dürfen, damit das Ziel eingehalten werden kann, nach dem der konsolidierte Schuldenstand der öffentlichen Hand (Nation und Gliedstaaten ohne Gemeinden) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht mehr zunimmt, sondern vielmehr zurückgeht. Diese Schulden liegen bei 50% des BIP oder etwas mehr, einschliesslich \$ 4,0 Mrd. Gemeindeforderungen. In Euroland gilt das gleiche Kriterium der Schuldenquote, dessen bisherige Einhaltung zu einem massiven Rückgang der Zinssätze geführt hat, was künftig in Argentinien zu beweisen ist.

Im Memorandum verpflichtet sich die Regierung, die Reform der Arbeitsgesetze vorwärts zu treiben, die der Deputiertenkammer vorliegt. Bisher gelingt es nicht, die Probezeit ohne Entlassungsschädigungen von einem auf sechs Monate zu strecken, wie es das Memorandum anvisiert, sondern nur auf drei Monate. Der Wettbe-

werb zwischen gewerkschaftlich kontrollierten Sozialwerken und privaten Gesundheitskassen („prepagas“) soll ab 2001 zugelassen werden, wogegen die Gewerkschafter rebellieren. Diese Massnahme würde das Gesundheitswesen sicherlich revolutionieren. Jeder Arbeitnehmer würde dann die freie Wahl haben, die ihm jetzt versagt ist, solange er gefangener Spielball der Gewerkschafter ist.

Die Banco de la Nación Argentina soll in eine Aktiengesellschaft mit staatlicher Mehrheit umgewandelt werden. Dagegen laufen die Lobbies notleidender Schuldner im Kongress Sturm, die bei transparenter Geschäftsführung zur Kasse gebeten werden würden. Ob der Kongress mitmacht, bleibt abzuwarten.

Das neue Verständigungsmemorandum mit verbindlichen Fiskalauflagen sowie unverbindlichen Zielsetzungen und Reformabsichten steht und fällt mit der Eindämmung, lies Senkung der Staatsausgaben, die unterwegs ist, und den vermehrten Steuereinnahmen von mindestens \$ 2,0 Mrd. im Jahr 2000. Im April wird man erfahren, ob die Auflagen im ersten Quartal eingehalten werden konnten, ebenso im Juli für das zweite, im Oktober für das dritte und Anfang 2001 für das letzte Quartal. Davon hängt der Schuldenstand ab, ebenso die erwartete Zinssenkung, die bisher nur bescheiden war, und in der Folge das BIP-Wachstum und der erhoffte Abbau der Arbeitslosigkeit. Man sollte föhlich die Daumen halten, damit die Übung gelingen möge.

## Übereinkommen über das Notstandsgesetz

Die Wirtschaftsführung hat sich mit den Parlamentariern der Allianzfraktionen über folgende Punkte für das Wirtschafts-Notstandsgesetz geeinigt:

- Für die Dauer eines Jahres wird der Staat im Wirtschaftsnotstand erklärt. Ausgenommen bleiben die Banken de la Nación Argentina und de Inversión y Comercio Exterior (Bice). Die Regierung kann diesen Notstand um ein weiteres Jahr verlängern.

- In diesem Zeitraum ist die Regierung ermächtigt, Verträge über Bauten, Dienstleistungen, Lieferungen, Beratungen oder jeder anderen Art, die vor dem 10.12.99 abgeschlossen wurden, zu kündigen oder neu auszuhandeln. Ausgenommen bleiben Verträge über Privatisierungen.

- Die Regierung kann öffentlichen Angestellten innerhalb ihres Wohnbereiches neue Arbeitsplätze zuweisen und leitende oder ihnen entsprechende Stellen abschaffen.

- Die Termine von Prozessen gegen den Staat oder an denen der Staat beteiligt ist, werden aufgehoben, bis der Kläger oder das zuständige Gericht der Generalstaatsanwaltschaft (Procuración del Tesoro) von den jeweiligen Aktennummern, Aktennamen, Stand des Prozesses und Höhe der Forderung in Kenntnis gesetzt hat.

- Alle zum 1.1.2000 fällige Schulden, die mit dem Bond auf 16 Jahre abgegolten werden, bleiben konsolidiert, ausgenommen die laufenden Lieferantenschulden und die des Rückversicherungsinstitutes INDeR.

- Zwischen August 1992 und dem 1.1.2000 entstandene Rentenschulden werden mit einem Bond auf 10 Jahre bezahlt, ausgenommen jene aus Urteilen, deren Bezahlung im Haushaltsplan 2000 vorgesehen ist. Die Regierung ist ermächtigt, Altersgrenzen festzulegen oder Notlagen zu berücksichtigen, um Rentenzahlungen von der Bestimmung auszuklammern.

# Beamtenabbau

Mehrere Massnahmen der Nationalregierung sowie defizitärer und hoch verschuldeter Provinzregierungen zielen neuerdings darauf ab, ihre Beamten abzubauen, um Ausgaben zu sparen. Das ist freilich nur sinnvoll, wenn gleichzeitig verhindert wird, dass neue Beamte eingestellt werden, wie es die landesübliche parteipolitische Patronage allzu gern und allzu oft betreibt. Die Menem-Regierung hatte 1990 mit grosszügigen Entschädigungen über hunderttausend Beamte entlassen, abgesehen von den Mitarbeitern privatisierter Unternehmen, den pensionierten, demissionierenden sowie verstorbenen Beamten und den Lehrern, Ärzten und deren Hilfspersonal, die den Gliedstaaten untergeordnet worden sind. In den beiden letzten Jahren des Dezenniums wurde hingegen grosszügige Patronage betrieben, insbesondere mit gutbezahltem Vertragspersonal. Gleiches geschah in den meisten Provinzen. Entsprechend ufernte das Defizit der öffentlichen Hand aus.

Präsident de la Rúa beginnt in Sachen Beamtenabbau wie weiland Menem. Beamte der Natio-

nalregierung, die hierfür qualifizieren, dürfen zwischen dem 2. April und 30. September 2000 auf Antrag ausscheiden, sofern die zuständigen Minister einverstanden sind. Hierfür wird demnächst ein Zensus aller Beamten durchgeführt werden. Im Haushaltsgesetz gibt es etwa 255.000 Beamtenstellen. Mit Vertragsbeamten sollen es gar 290.000 sein, wie eine private Studie unlängst ermittelt hat. Zahlreiche Vertragsbeamte wurden bereits entlassen, indem die Verträge nicht erneuert worden sind.

Ausgenommen sind von der freiwilligen Entlassung mit Entschädigung die Beamten der Streit- und Sicherheitskräfte (Heer, Marine, Luftwaffe, Grenzschutz, Küstenwache und Bundespolizei), ebenso des Sicherheitsamtes SIDE, insgesamt rund 150.000 Beamte, denen keine Entschädigungen angeboten werden, wenn sie freiwillig ausscheiden wollen. So verbleiben rund 113.000 Beamte, die in den Genuss der Entschädigungen kommen können. Sie erhalten ein Monatsgehalt je Dienstjahr plus 15%. Als Gehalt gelten nur regelmässi-

ge Leistungen ohne dreizehntes Jahresgehalt, Überstunden, Reisevergütungen, und dergleichen.

Das Schatzamt wird einen Sonderfonds von \$ 1000 Mio. bereitstellen. Der zuständige Unterstaatssekretär Leandro Popik schätzt, dass sich nur 2,65% der 113.000 Beamten melden und zugelassen werden, was rund 3.000 Beamten entspricht. Die Gehaltersparnis wird auf \$ 80 Mio. im Jahr geschätzt, sofern keine neuen Beamten eingestellt werden. Es gibt in der Staatsverwaltung, ausgenommen bestimmte Sachverständige, Beamte im Überfluss, die versetzt werden können.

Dieser Beamtenabbau, der im Laufe des Jahres 2000 über die Bühne laufen wird, sofern sich genügend Interessenten melden, wurde dieser Tage durch zwei weitere Massnahmen ergänzt. Im Sicherheitsamt SIDE kündigte sein Chef Fernando de Santibáñez, vormals Bankier und persönlicher Vertrauter des Präsidenten, die Entlassung von über tausend Mitarbeitern an, die etwa ein Drittel des Beamtenstaates dieser Staatsstelle ausmachen. Viele Beamte des Sicherheitsamtes sind Spitzel,

die allerlei Informationen aus anderen Ämtern und privaten Unternehmen beschaffen, wobei stets begründete Zweifel darüber bestehen, ob diese Informationen auch nützlich sind. Möglicherweise erschöpfen sie sich im politischen Klatsch.

Pensionierte, pensionsreife Beamte sowie solche, die auch anderweitig Gehälter beziehen, werden aussichern, nachdem der Etat der SIDE um ein Drittel im Haushalt gekürzt worden ist.

Hinzu kam die Mitteilung des Heereschefs General Ricardo Brinzoni, dass das Intelligenzbatillon 601 aufgelöst werden wird, so dass 500 Beamte, ebenfalls meistens Spitzel, entlassen werden.

Der Amtssitz an Avenida Callao Ecke Viamonte wird verkauft werden. SIDE und Heeresintelligenz entlassen etwa soviel wie die Hälfte des angenommenen Beamtenabbaus in der Staatsverwaltung.

Der Rotstift übt sich mit Schärfe im Staatsapparat, bis wieder andere Winde wehen und die parteipolitische Patronage abermals wie früher die Oberhand gewinnt.

## Tausch von Staatstiteln für U\$S 3,48 Mrd.

Ende der Vorwoche wurde der Tausch von 13 verschiedenen bestehenden Staatstiteln für neue Schatzscheine (Bontes) erfolgreich abgeschlossen. Diese Bontes werden halbjährlich verzinst, wobei eine Ausgabe 2003 und die andere 2005 verfällt. Obwohl an eine Ausgabe von einer Milliarde bei der einen Serie und von U\$S 750 Mio. bei der anderen gedacht war, wurden schliesslich neue Titel für einen Gesamtwert von U\$S 3,48 Mrd. untergebracht, wobei die Gesamtanträge über U\$S 6 Mrd. ausmachten.

Durch diesen Tausch hat die Regierung zunächst die Staatsschuld um U\$S 462 Mio verringert, da die alten Titel zum Nennwert gebucht waren und die neuen einen Zinssatz tragen, der etwa der effektiven Rendite, berechnet auf den Marktwert, entspricht. Theoretisch sollte somit die Zinslast etwa gleich bleiben. Da der Titelinhaber jetzt den Vorteil geniesst, dass er den effektiven Zinssatz halbjährlich bezieht, während er sonst die Differenz zwischen Nennwert und Marktwert erst am Schluss kassiert, und ausserdem den Vorteil geniesst, dass diese Bontes eineviel höhere Liquidität geniessen als die vorherigen Staatspapiere, sind diese Papiere für die Anleger attraktiver, so dass sie eine etwas geringere Rendite in Kauf nehmen. Bei den neuen Bontes können höhere Partien jederzeit kurzfristig verkauft werden, ohne dass dies sich auf den Kurs auswirkt. Für die institutionellen internationalen Anleger ist es auch besser, die argentinischen Staatspapiere in wenige Sorten zu konzentrieren, da man ihnen nicht zumuten kann, dass sie sich mit der Analyse zahlreicher unterschiedlicher Papiere befassen. Gleichzeitig wurden durch diesen Umtausch die Laufzeiten gestreckt, so dass im Jahr 2000 insgesamt U\$S 675 Mio. weniger gezahlt werden müssen.

Die neuen Bontes haben eine Rendite von 12,01% (11,75% beim Bonte 2003 und 12,12% beim Bonte 2005). Die bestehenden Titel hatten eine Durchschnittsrendite von 12,43%, so dass der Staat 0,42% jährlich an Zinsen spart. Diese Differenz zeigt die günstige Einschätzung des Tausches durch die Titelinhaber. Der jetzt durchschnittlich gezahlte effektive Zinssatz liegt 5,3 Punkte über den US-Schatzscheinen mit gleichem Verfalldatum.

Gleichzeitig mit dem Tausch wurden auch Bontes gegen bar für U\$S 435 Mio. untergebracht, davon U\$S 333 Mio. Bonte 2003 und U\$S 122 Mio. Bonte 2005. Die ersten wurden zum Pariwert verkauft, die zweiten zu 99,50%.

## Neue Scheckreglementierung

Durch die über 60 Seiten starke Mitteilung Nr. „A“ 3075 hat die Zentralbank die Reglementierung des Scheckgesetzes bekannt gegeben. Die ab 1.3.00 gültigen Bestimmungen sind für den Bankkunden flexibler als bisher, erlegen jedoch den Banken zusätzliche bzw. härtere Verpflichtungen auf.

Während sie der Zentralbank bisher innerhalb von 30 Tagen Mitteilung über zurückgewiesene Schecks machen mussten, wurde diese Frist nun auf 10 Tage herabgesetzt.

Ab März wird Kontoinhabern nach dem 5. ungedeckten Scheck, den sie ausgestellt haben, die Eröffnung eines neuen Bankkontos für 5 Jahre untersagt. Die Banken müssen die diesbezüglichen Angaben für die Lebensdauer des Kontoinhabers speichern, so dass es unmöglich gemacht wird, dass der Betreffende ein Konto in einer anderen Bank eröffnen kann, um der Ansammlung ungedeckter Schecks zu entgehen. Fünf ungedeckte Schecks verhindern demnach jede Kontoeröffnung innerhalb des Finanzsystems.

Acht Scheckzurückweisungen wegen Formfehlern innerhalb eines Jahres, wie sie durch abweichende Unterschriften entstehen können, führen zur Sperrung des Kontos bis der Vorstand der Zentralbank über den Einzelfall entschieden hat. Im Fall von Verlustanzeigen von Schecks gilt dasselbe, jedoch bis zu drei Anzeigen im Jahr.

Konten können auch wegen der Nichtzahlung von Bussen gesperrt werden, desgleichen wenn ein Rechtsgrund vorliegt. Wenn ein Gericht entscheidet, dass ein Kontoinhaber nicht befähigt ist, Schecks auszustellen, werden diese zurückgewiesen und die Aufhebung der Kontosperrung muss vom Gericht verfügt werden.

Es wird zwei Arten von Bussen geben. Jene für die Ausstellung ungedeckter Schecks und Bussen für die Ausstellung von Schecks mit Formfehlern. In beiden Fällen kann die Busse auf die Hälfte verringert werden, wenn sie innerhalb von drei Tagen nach der Zurückweisung des Schecks bezahlt wird. Für ungedeckte Schecks beträgt das Bussgeld 4% des Scheckbetrages, mit einer Untergrenze von \$ 100 und einer Obergrenze von \$ 50.000. Bei Formfehlern werden 2% des Scheckbetrages verhängt, mindestens \$ 50 und höchstens \$ 25.000. Um die Aufnahme als Aussteller zurückgewiesener Schecks in das Zentralbankregister zu vermeiden, muss bewiesen werden dass die zurückgewiesenen Schecks bezahlt wurden. Dafür sind drei Beweismittel zulässig: Den Scheck am Schalter der Bank, die ihn zurückgewiesen hatte, vorzeigen. Eine Zahlungsbestätigung des Gläubigers vorweisen, die von einem Notar oder einer Bank beglaubigt ist, oder eine bewiesene Hinterlegung bei Gericht von dem Scheckbetrag und der angelaufenen Zinsen für den Zeitraum von der Zurückweisung des Schecks bis zur Hinterlegung der Beträge bei Gericht.

## Aufforstung im Aufwind

Der neue Leiter der Amtsstelle für die Forstwirtschaft, Ricardo Barrios Arrechea, vormals Gouverneur von Misiones und Minister unter Alfonsín, hat die nationale Aufforstungspolitik als Staatspolitik umschrieben. Das Gesetz Nr. 25.080, das Ende 1998 im parteipolitischen Konsens des Kongresses erlassen wurde, wird von der Allianz-Regierung ohne Reformen ausgeführt, anstatt vorherige Programme der Menem-Regierung zu ändern, wie es die Leiter anderer Staatsstellen ankündigen.

Das Forstgesetz garantiert eine 30-jährige Steuerstabilität, was im Klartext heisst, dass die Steuergesetze, die bei der Billigung eines Aufforstungsprogramms gelten, drei Jahrzehnte für dieses Programm in Kraft bleiben werden, so dass eventuelle zusätzliche Besteuerungen entfallen. Das gleiche System gilt längst für den Bergbau und hat dazu geführt, dass rund hundert Bergbaukonzessionen vergeben worden sind, davon befinden sich einige bereits in voller Produktion.

Ausserdem gestattet das Gesetz den Genuss von Geldsubventionen für die Aufforstung. Bis 300 ha werden im nachhinein 80% der

Kosten vergütet, bei 301 bis 500 ha 20% und darüber hinaus gibt es keine Subventionen. Hiermit soll Kleinbauern geholfen werden, die sonst die langfristigen Investitionen der Aufforstung meiden. Auf die Rendite muss viele Jahre gewartet werden, wiewohl in Argentinien viel weniger Jahre als in Europa, USA, Kanada oder Japan. In Patagonien werden 80% der Kosten bis 700 ha vergütet. Kleinbauern werden 50% der Subventionen im voraus bezahlt. Die Gesuche dürfen auch bei den Forstämtern der Provinzen eingereicht werden. Kleinbauern müssen keine Projekte vorlegen. Ab diesem Jahr werden zusätzlich \$ 20 je ha bezahlt, damit Studien über die Auswirkungen auf die Umwelt finanziert und Geräte zur Bekämpfung von Waldbränden gekauft werden.

Die Forstwirtschaft ist in Argentinien wenig entwickelt. Das Land exportiert nur ein halbes Prozent des Welthandels von US\$ 100 Mrd. im Jahr. Künstlich aufgeforstet sind nur 800.000 ha. Als möglich werden von Fachleuten bis 20 Mio. ha angenommen. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurde jeweils weniger als 50.000 ha aufgeforstet. Danach vermehr-

te sich die Forstfläche auf 91.900 ha 1997, 126.500 ha 1998 und 182.000 ha 1999. Künftig sollen etwa 200.000 ha im Jahr aufgeforstet werden. Der grösste Teil dürfte nicht auf Kleinbauern entfallen, die auf die Erträge ihrer kleinen Flächen angewiesen sind und nicht so lange warten können wie Grossinvestoren.

Hier bahnt sich Neues an. Konzerne wie Pérez Companc, der 100.000 ha für die Aufforstung erworben hat, Erdölfirmen wie Shell, die durch die Aufforstung Kredite für die Umweltschäden ihrer Industrien gewinnen, Investitionsfonds wie UBS-Prinson, die 11.000 ha in Corrientes gekauft haben, und Rentenkassen AFJP, die langfristig investieren, weil sie ebenfalls langfristige Verpflichtungen eingehen, steigen ebenso wie Investoren aus Chile, Kanada, Japan und anderen Ländern in dieses Geschäft ein.

Allein aus Chile haben sich bereits drei Firmen gemeldet, weil es im Nachbarland nicht mehr so einfach ist wie früher, Forstland zu erwerben.

Corrientes und Misiones sind die beiden Hauptprovinzen für die Aufforstung, wo der Boden und das Klima besonders günstig für

bestimmte Baumarten sind. Buenos Aires, Entre Ríos, Córdoba, Mendoza, Neuquén, sowie andere südpatagonische Provinzen unweit der Anden eignen sich ebenfalls für die Aufforstungen.

Das erwähnte Forstgesetz Nr. 25.080 schreibt vor, dass die Provinzen und Gemeinden sich der Steuerstabilität anschliessen sollen, was die meisten Provinzen bereits nachvollzogen haben, während bei den verbleibenden Provinzen Buenos Aires, Entre Ríos, Santa Fé, Mendoza und Córdoba die Ratifizierung vorangetrieben wird, ebenso in den Gemeinden der Forstgebieten.

Die Forstwirtschaft ist nicht nur umweltschonend und verheisst gute Erträge, sondern sie beschäftigt Mitarbeiter ohne sonderliche Ausbildung und trägt zum Export bei. Bislang ist Argentinien Nettoimporteur von Forstprodukten mit US\$ 1,5 Mrd. Einfuhren und US\$ 482 Mio. Ausfuhren im Jahr 1998, so dass über eine Milliarde Defizit im Warenverkehr mit Forstprodukten anfällt. Mit der Aufforstung gehen Investitionen für die Holzverarbeitung sowie die Papierindustrie einher, die Importe ersetzen und Exporte fördern. Genau das braucht Argentinien.

## Zunahme der Industrieproduktion

Das Statistikamt Indec hat für Januar 2000 eine um 3,5% grössere Industrieproduktion als im gleichen Vorjahresmonat errechnet. Gegenüber dem Vormonat Dezember wurde saisonbereinigt ein Rückgang von 1,5% festgestellt, ohne Saisonbereinigung von 10,9%.

Das Ergebnis stammt aus der Auswertung von Angaben aus 87% aller von dieser Erhebung erfassten Industriebetriebe. Am 22.2. sollen die endgültigen Zahlen bekannt gegeben werden. Sollten die bisherigen Ergebnisse nach Ermittlung der endgültigen Zahlen Bestätigung finden, wird Januar der dritte Monat in Folge sein, in dem im Vorjahresvergleich eine Zunahme der Industrietätigkeit festgestellt wird. Im November hatte die Zunahme 1,6% betragen, im Dezember 9%.

Die bekannt gegebenen Ermittlungen privater Consultingfirmen weisen teilweise auseinandergehen-

de Ergebnisse aus, stimmen jedoch in der Feststellung überein, dass die Industrieproduktion zugenommen hat. Ex ante gab 3,1% Produktionszunahme bekannt, Econométrica zwischen 4% und 5% und Ferreres 15%.

Nach Industriezweigen zeigten Kfz, metallverarbeitende Grundindustrien, Papier und Fleischverarbeitung die grössten Zunahmen gegenüber dem Vorjahr. Hingegen weisen Zement, Erdölderivate und Molkereiprodukte die geringsten Zunahmen aus.

Der erste Monat 2000 bestätigt die Erholung der Industrie, die sich bereits im letzten Quartal 1999 abgezeichnet hatte. Die letzten drei Monate 1999 hatten im Vorjahresvergleich 1,7% Produktionszunahme verzeichnet. Im ganzen Vorjahr war die Industrieproduktion gegenüber 1998 um 6,9% zurückgegangen.



**SERVICIOS  
DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - [servicios@multimedia.com.ar](mailto:servicios@multimedia.com.ar)